

Niederschrift Nr. 6

über die **öffentliche** Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde
Hennstedt
am Mittwoch, 27. November 2019, im Amtsgebäude Hennstedt

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 22:25 Uhr

Anwesend sind:

Herr Otto Beeck als Vorsitzender
Herr Gerald Grimmer
Herr Uwe Boye
Herr Sebastian Rosinski
Herr Lars Thara
Herr Jürgen Bonde
Frau Svenja Manthey
Herr Helge Thiessen
Herr Erik Thomsen

Entschuldigt fehlt:

Herr Jan Bücher

Als Gäste anwesend:

Herr Ludwig Clausen
Herr Dieter Noroschadt
Herr Henning Dethlefs

Von der Verwaltung:

Frau Ronja Steffen als Protokollführerin

Die Beschlussfähigkeit der Versammlung wird festgestellt. Die Einladung ist frist – und formgerecht erfolgt. Einwände werden nicht erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt der Vorsitzende,

TOP 4 Annahme von Zuwendungen

hinter

TOP 8 Konzept Neuanschaffung E-Fahrzeug für die EfA-Flotte

zu legen. Die Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend. Der Änderung der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

Ferner beantragt der Vorsitzende, die Öffentlichkeit für die Tagesordnungspunkte

10. Personalangelegenheiten

11. Pachtangelegenheiten

auszuschließen, weil berechnigte Einzelinteressen berührt werden. Das Wort zum Antrag wird nicht gewünscht. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Niederschrift Nr. 5 der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
3. Mitteilungen des Vorsitzenden
4. Geldanlagen
5. 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan 2019
6. Satzung der Gemeinde Hennstedt über die Erhebung einer Hundesteuer; hier: Neufassung
7. Konzept Neuanschaffung E-Fahrzeug für die EfA-Flotte
8. Annahme einer Zuwendung
9. Eingaben und Anfragen

Nicht öffentlich

10. Personalangelegenheiten
- 10.1. Arbeitsplatzbeschreibungen
- 10.2. Arbeitszeiterfassung
- 10.3. Verlängerung eines Arbeitsverhältnisses
- 10.4. Personalangelegenheiten;
Stundenanpassung eines Arbeitsvertrages
11. Pachtangelegenheiten

Öffentlich

12. Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Sitzungsteil gefassten Beschlüsse

TOP 1. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohnerinnen und Einwohner anwesend. Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 2. Niederschrift Nr. 5 der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Gegen die Niederschrift Nr. 5 vom 18.09.2019 liegen keine Einwendungen vor.

TOP 3. Mitteilungen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende berichtet von der Informationsveranstaltung zur Kita-Erweiterung Süderheistedt. Das Bauvorhaben wurde ausführlich vorgestellt. Eine Baukostenschätzung ergibt ein Investitionsvolumen von rd. 1,1 Mio. €. Aktuell gibt es keine Fördermöglichkeiten durch das Land. Kreismittel können nur noch in 2019 beantragt werden, sodass der Förderantrag durch die Trägergemeinden schnellstmöglich noch gestellt werden muss. Für die Gemeinde Hennstedt ergibt es ein Investitionskostenanteil nach neuem öffentlich-rechtlichen Vertrag in Höhe von rd. 171.000,00 €.

TOP 4. Geldanlagen

Zur Abwendung eines Werteverzehrs durch **negative Habenzinsen** i. H. v. mindestens 0,5 % ist bezüglich des Geldvermögens der Gemeinde dringend Handlungsbedarf gegeben.

Die Verwaltung hat verschiedene Angebote geprüft und wird jeder Gemeinde ein individuell zugeschnittenes Anlagemodell vorlegen. Die Anlage erfolgt nach den gesetzlichen Regelungen für kommunale Kassengeschäfte und erfolgt streng nach der Maßgabe Sicherheit vor Rendite.

Die Finanzbuchhaltung wird einen Betrag ermitteln, der nach heutiger Einschätzung einer freien Verfügung unterliegt, d.h. nicht für die laufenden künftigen Ausgaben und Investitionen benötigt werden wird. Um finanziell handlungsfähig bleiben zu können, werden Anlagen mit kurzfristiger Verfügbarkeit bevorzugt.

Darüber hinaus stehen die Mittel der Einheitskasse zur Deckung der Liquidität innerhalb der Amtsgemeinden und des Amtes bereit.

Es wird ausführlich über die Beratungsvorlage der Verwaltung diskutiert. Frau Steffen erläutert noch einmal ausführlich die Hintergründe.

Es wird angemerkt, dass für Finanzanlagen der Haupt- und Finanzausschuss zuständig ist und ihm die Möglichkeit eingeräumt werden muss, bei der Auswahl der Anlagemöglichkeiten mitzuwirken.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt, dass Angebote zu den Anlagemöglichkeiten des Geldbestandes der Gemeinde dem Ausschuss vorgelegt werden und dann per Einzelbeschluss die Gemeindevertretung darüber entscheidet.

Stimmenverhältnis:

einstimmig

TOP 5. 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan 2019

1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Hennstedt für das Haushaltsjahr 2019

Aufgrund des § 95b der Gemeindeordnung wird nach Beschluss der Gemeindevertretung vom
~~und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde~~ folgende Nachtragshaushaltssatzung erlassen:

§ 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden

	erhöht um EUR	vermindert um EUR	gegenüber bisher EUR	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplanes einschl. der Nachträge nunmehr festgesetzt auf EUR
1. im Ergebnisplan der Gesamtbetrag der Erträge	0	690.900	5.023.500	4.332.600

Gesamtbetrag der Aufwendungen	17.100	0	4.965.700	4.982.800
Jahresüberschuss	0	0	57.800	0
Jahresfehlbetrag	708.000	0	0	650.200

2. im Finanzplan der

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		195.900	4.634.300	4.438.400
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	17.100	0	4.901.700	4.918.800
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit	481.800	0	2.730.300	3.212.100
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit	466.900	0	3.009.900	3.476.800

§ 2

Es werden neu festgesetzt:

2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen	von bisher	529.800	EUR	auf	551.700	EUR
--	------------	---------	-----	-----	---------	-----

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung die 1. Nachtragshaushaltssatzung und den 1. Nachtragshaushaltplan der Gemeinde Hennstedt für das Haushaltsjahr 2019 zu beschließen.

Stimmenverhältnis:

einstimmig

TOP 6. Satzung der Gemeinde Hennstedt über die Erhebung einer Hundesteuer; hier: Neufassung

Die Verwaltung empfiehlt eine Neufassung der Hundesteuersatzung, um alle rechtlichen Erfordernisse erfüllen zu können– insbesondere bei Regelungen des Datenschutzes, bei Auskunftspflichten und Tatbeständen zur Steuerermäßigung und –befreiung.

Satzung der Gemeinde Hennstedt über die Erhebung einer Hundesteuer

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.02.2003 (GVOBl. Schl.-H. 2003 S. 58), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.01.2018 (GVOBl. Schl.-H. 2018 S. 6) sowie der §§ 1, 2, 3 Abs. 1 und Abs. 6, 18 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein vom 10.01.2005 (GVOBl. Schl.-H. 2005 S. 27), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.03.2018 (GVOBl. Schl.-H. 2018 S. 69) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom _____ folgende Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer erlassen:

§ 1 Steuergegenstand

Gegenstand der Steuer ist das Halten von Hunden im Gemeindegebiet.

§ 2 Steuerpflicht

- (1) Steuerpflichtige/r ist, wer einen Hund in ihrem/seinem Haushalt oder Wirtschaftsbetrieb aufgenommen hat (Halter/in des Hundes). Der Haushalt ist eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft einer oder mehrerer dort mit Haupt- oder alleiniger Wohnung gemeldeten Person/en.
- (2) Halten mehrere Personen gemeinschaftlich einen Hund, so sind alle haltenden geschäftsfähigen Personen Gesamtschuldnerinnen oder Gesamtschuldner.

§ 3 Beginn und Ende der Steuerpflicht

- (1) Die Steuerpflicht entsteht mit dem Kalendervierteljahr, in dem ein Hund in einem Haushalt oder Wirtschaftsbetrieb aufgenommen wird, frühestens mit dem Kalendervierteljahr, in dem er drei Monate alt wird.
- (2) Wer einen Hund nicht länger als einen Monat in Pflege oder Verwahrung genommen hat oder auf Probe oder zum Anlernen hält, braucht ihn nicht zu versteuern.
- (3) Die Steuerpflicht endet mit dem Kalendervierteljahr, in dem der Hund abgeschafft wird, abhandenkommt oder eingeht.
- (4) Bei Wohnortwechsel der Hundehalterin bzw. des Hundehalters endet die Steuerpflicht mit Ablauf des Kalendervierteljahres, in das der Wechsel fällt; sie beginnt mit dem auf dem Zuzug folgenden Kalendervierteljahr.
- (5) Wer einen versteuerten Hund oder anstelle eines abgeschafften, abhanden gekommenen oder eingegangenen versteuerten Hundes einen neuen Hund erwirbt, wird dafür mit dem auf dem Erwerb folgenden Kalendervierteljahr steuerpflichtig.

§ 4 Gefährliche Hunde

Gefährliche Hunde sind solche Hunde, dessen Gefährlichkeit aufgrund landesrechtlicher Bestimmungen von der jeweils zuständigen Behörde festgestellt wurde.

§ 5 Steuersatz

(1) Die Steuer beträgt jährlich

für den 1. Hund	30,00 €
für den 2. Hund	50,00 €
für jeden weiteren Hund	70,00 €
für den 1. Hund nach § 4	200,00 €
für jeden weiteren Hund nach § 4	320,00 €

(2) Werden in einem Haushalt, in einer Wohnung oder einem Wirtschaftsbereich Hunde von mehreren Mitgliedern dieses Haushaltes oder Bewohnern einer Wohnung oder eines Wirtschaftsbereichs gehalten, so kann der Steuersatz für den ersten und zweiten Hund jeweils nur einmal angewendet werden.

(3) Hunde, die steuerfrei gehalten werden dürfen (§8), werden bei der Berechnung der Anzahl der Hunde nicht angesetzt; Hunde, für die die Steuer ermäßigt wird (§6), gelten als erste Hunde.

§ 6 Steuerermäßigung

(1) Die Steuer ist auf Antrag der/s Steuerpflichtigen auf die Hälfte zu ermäßigen für das Halten von

- a) Hunden, die zur Bewachung von Gebäuden benötigt werden, welche von dem nächst bewohnten Haus mehr als 400 m entfernt liegen; Die Ermäßigung kann nur für einen Hund beansprucht werden.
- b) Hunden, die zur Bewachung von Binnenschiffen benötigt werden;
- c) Hunden, die von zugelassenen Unternehmen des Bewachungsgewerbes oder von berufsmäßigen Einzelwächtern bei Ausübung des Wachdienstes benötigt werden;
- d) Abgerichteten Hunden, die von Artisten und berufsmäßigen Schaustellern für ihre Berufsarbeit benötigt werden;
- e) Hunden, die als Melde-, Sanitäts-, Schutz-, Fährten- oder Rettungshunde verwendet werden und eine Prüfung von anerkannten Leistungsrichtern abgelegt haben. Das mit dem Antrag vorzulegende Prüfungszeugnis darf nicht älter als zwei Jahre sein;
- f) Jagdgebrauchshunde, die eine Jagdeignungsprüfung abgelegt haben und jagdlich verwendet werden.

(2) Für Hunde nach § 4 wird keine Steuerermäßigung gewährt.

§ 7 Zwingersteuer

- (1) Von Hundezüchtern/innen, die mindestens zwei rassereine Hunde gleicher Rasse, darunter eine Hündin im zuchtfähigen Alter, zu Zuchtzwecken halten, wird die Steuer auf Antrag in der Form einer Zwingersteuer erhoben, wenn der Zwinger und die Zuchttiere in ein von einer anerkannten Hundezuchtvereinigung geführtes Zucht- oder Stammbuch eingetragen sind.
- (2) Die Zwingersteuer beträgt für jeden Hund, der zu Zuchtzwecken gehalten wird, die Hälfte der Steuer nach § 5 Abs. 1, jedoch nicht mehr als die Steuer für den ersten und einen zweiten Hund. Das Halten selbstgezogener Hunde ist steuerfrei, solange sie sich im Zwinger befinden und nicht älter als sechs Monate sind.
- (3) Die Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung für Hunde im Sinne des § 4 dieser Satzung.

§ 8 Steuerbefreiung

- (1) Steuerbefreiung ist auf Antrag zu gewähren, für das Halten von
 1. Diensthunden staatlicher und kommunaler Dienststellen und Einrichtungen, deren Unterhaltskosten überwiegend aus öffentlichen Mitteln bestritten werden;
 2. Gebrauchshunden von Forstbeamten/innen, im Privatforstdienst angestellte Personen, von bestätigten Jagdaufsehern/-aufseherinnen und von Feldschutzkräften in der für den Forst-, Jagd- oder Feldschutz erforderlichen Anzahl;
 3. Sanitäts- oder Rettungshunden, die von anerkannten Sanitäts- oder Katastrophenschutzeinheiten gehalten werden;
 4. Hunden, die von wissenschaftlichen Instituten ausschließlich zu wissenschaftlichen Zwecken gehalten werden;
 5. Hunden, die in Anstalten von Tierschutz- oder ähnlichen Vereinen vorübergehend untergebracht sind und nicht auf der Straße gelassen werden;
 6. Blindenführhunde
 7. Hunden, die zum Schutze und zur Hilfe blinder, gehörloser oder hilfloser Personen, die einen Schwerbehindertenausweis mit den Merkmalen „Bl“, „TBl“, „aG“, „Gl“ oder „H“ besitzen, unentbehrlich sind. Die Steuerbefreiung kann von der Vorlage eines amtsärztlichen Zeugnisses abhängig gemacht werden. Eine Steuerbefreiung nach dieser Vorschrift wird nur für einen Hund gewährt.

(2) Für Hunde nach § 4 wird keine Steuerbefreiung gewährt.

§ 9 Allgemeine Voraussetzungen für die Steuerermäßigung und die Steuerbefreiung

Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung wird nur gewährt, wenn

1. die Hunde für den angegebenen Verwendungszweck durch eine besondere Ausbildung geeignet sind,
2. der Halter/ die Halterin der Hunde in den letzten fünf Jahren nicht wegen Tierquälerei bestraft ist,
3. für die Hunde geeignete, den Erfordernissen des Tierschutzes entsprechende Unterkunftsräume vorhanden sind,
4. in dem Fall des § 7 Ziffer 1 ordnungsgemäße Bücher über den Bestand, den Erwerb und die Veräußerung der Hunde geführt und auf Verlangen vorgelegt werden.

§ 10 Steuerfreiheit

Steuerfrei sind Personen, die sich nicht länger als zwei Monate in der Gemeinde aufhalten, für deren Hund/e, den/die sie bei ihrer Ankunft besitzen und nachweislich in einer anderen Gemeinde der Bundesrepublik Deutschland versteuern.

§ 11 Meldepflicht

- (1) Wer einen Hund anschafft oder mit einem Hund zuzieht, hat ihn binnen 14 Tagen bei der Gemeinde anzumelden. Neugeborene Hunde gelten mit Ablauf des dritten Monats nach der Geburt als angeschafft. Die Anmeldefrist beginnt im Falle des § 3 Abs. 2 nach Ablauf des Monats.
- (2) Der/Die bisherige Halter/in eines Hundes hat den Hund innerhalb von 14 Tagen abzumelden. Im Falle der Veräußerung des Hundes sind bei der Abmeldung Name und Wohnung des/r Erwerbers/in anzugeben. Bei rückwirkender Abmeldung ist ein Nachweis z.B. vom Tierarzt zu erbringen, ansonsten erfolgt die Abmeldung mit Bekanntwerden.
- (3) Fallen die Voraussetzungen für die Steuerermäßigung und Steuerbefreiung fort, so hat der/die Halter/in dies binnen 14 Tagen anzuzeigen.
- (4) Die Gemeinde gibt Hundesteuermarken aus. Die Hundesteuermarken behalten bis zur Ausgabe neuer Steuermarken ihre Gültigkeit. Bei Verlust erhält der/die Halter/in gegen Zahlung einer Verwaltungsgebühr eine Ersatzmarke. Der/Die Halter/in darf Hunde außerhalb seiner/ihrer Wohnung oder seiner/ihrer umfriedeten Grund-

besitzes nur mit der Hundesteuermarke umherlaufen lassen. Mit der Abmeldung ist die Hundesteuermarke wieder abzugeben.

§ 12 Steuerjahr, Fälligkeit der Steuer

- (1) Die Steuer wird als Jahressteuer festgesetzt. Steuerjahr ist das Kalenderjahr.
- (2) Die Steuer wird in vierteljährlichen Teilbeträgen zum 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. jeden Jahres fällig. Entsteht die Steuerpflicht im Laufe des Kalendervierteljahres, so ist die volle Steuer für dieses Kalendervierteljahr innerhalb von 30 Tagen zu entrichten.

§13 Auskunftspflicht

Die Grundstückseigentümerin/der Grundstückseigentümer oder die Grundstücksbesitzerin/der Grundstücksbesitzer sind auf Verlangen der Gemeinde oder eine/eines von ihr Beauftragten verpflichtet, über die auf dem Grundstück gehaltene Hunde und deren Halter/-innen Auskunft zu erteilen.

§ 14 Datenverarbeitung

- (1) Das Amt KLG Eider ist berechtigt, die zur Ermittlung und Festsetzung der Steuer erforderlichen personenbezogenen Daten nach den Vorschriften des Art. 6 Abs. 1 e i.V.m. § 3 Abs. 2 Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung) i.V.m. § 3 Abs. 1 Landdatenschutzgesetz (LDSG) zu erheben. Die Daten dürfen von der datenverarbeitenden Stelle nur zum Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung weiterverarbeitet werden.
- (2) Das Amt KLG Eider ist befugt, auf der Grundlage von Abgaben der Steuerpflichtigen von den nach Absatz 1 anfallenden Daten ein Verzeichnis der Steuerpflichtigen mit den für die Steuererhebung nach dieser Satzung erforderlichen Daten zu führen und diese Daten zum Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung zu verwenden und weiterzuverarbeiten.
- (3) Daten, wie Namen und Anschriften von Hundehalterinnen und Hundehalter, die von der Ordnungsbehörde erhoben werden, um festzustellen, ob ein gehaltener Hund oder mehrere gehaltene Hunde als gefährlich einzustufen ist bzw. sind, dürfen zum Zwecke der Steuerveranlagung nach dieser Satzung weiterverarbeitet werden. Die Weiterverarbeitung ist erst dann zulässig, wenn die Voraussetzung für die Einstufung des Hundes oder der Hunde als gefährlicher Hund bzw. gefährliche Hunde vorliegen und der entsprechende Feststellungsbescheid oder ein eventueller erfolgloser Widerspruch bestandskräftig geworden ist oder eine Klage endgültig keinen Erfolg hatte und das Urteil rechtskräftig geworden ist.

- (4) Sofern die Hundehalterin/der Hundehalter das Amt KLG Eider vom Steuerheimnis durch schriftliche Erklärung entbunden hat, dürfen die gespeicherten Daten wie Name, Anschrift und Telefonnummer der Halterin/des Halters verwendet und an Dritte weitergegeben werden, um dadurch aufgefundenen Hunde wieder ihrem rechtmäßigen Hundehalter zuzuführen.
- (5) Unabhängig von der Anmeldepflicht ist das Amt KLG Eider in begründeten Fällen berechtigt, durch die Nachfrage bei einzelnen Einwohnerinnen und Einwohnern zu ermitteln, ob in deren Haushalt oder Wirtschaftsbetrieb eine Hundehaltung erfolgt. Zur Vorbereitung einer solchen Nachfrage dürfen aus dem Einwohnermelderegister des Amtes KLG Eider der Name, das Geburtsdatum und die Anschrift der jeweiligen Person verwendet werden.

§ 15 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG) handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig entgegen

1. § 11 Abs. 1 die Anschaffung eines Hundes oder den Zuzug mit einem Hund nicht anmeldet;
2. § 11 Abs. 2 Satz 2 im Falle der Veräußerung des Hundes bei der Abmeldung den Namen und die Adresse der Erwerberin/des Erwerbers nicht angibt;
3. § 11 Abs. 3 nicht anzeigt, dass die Voraussetzungen für eine Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung entfallen sind;

und es dadurch ermöglicht, Abgaben zu verkürzen oder nicht gerechtfertigte Abgabenvorteile zu erlangen (Abgabengefährdung).

§ 16 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2020 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hundesteuersatzung der Gemeinde Hennstedt über die Erhebung einer Hundesteuer vom 01.01.2010 außer Kraft.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung die Neufassung der Satzung der Gemeinde Hennstedt über die Erhebung einer Hundesteuer in der vorliegenden Fassung zu beschließen.

Stimmenverhältnis:

einstimmig

TOP 7. Konzept Neuanschaffung E-Fahrzeug für die EfA-Flotte

In der Mobilitätsgruppe wurde herausgearbeitet, dass das EfA-Projekt um ein E-Fahrzeug erweitert werden sollte. Die Arbeitsgruppe hat zwei E-Fahrzeuge, den Renault Zoe und den Volkswagen E-Golf, miteinander verglichen (Raum / Ausstattung, Kosten). Angebote für das Leasing wurden eingeholt und durch die Arbeitsgruppe gesichtet.

Leasingraten bei einer Laufzeit von 36 Monaten:

- **Renault Zoe:** 226 € inkl. MwSt. pro Monat zzgl. ca. 130- 150 € Wartung pro Jahr
(monatlich 238,50 € = 226 € Leasing+ 12,50 € (150 €/ 12 Monate))
- **VW E-Golf:** 314 € inkl. MwSt. pro Monat inkl. Wartung

In der Arbeitsgruppe wurde herausgearbeitet, dass der E-Golf ca. 80 € bis 90 € teurer im Monat ist. Der E-Golf bietet aber deutlich mehr Platz für die unter Umständen stark in der Bewegungsfähigkeit eingeschränkten angenommenen 1 bis 2 Passagiere und das mitgeführte Gepäck (z.B. Gehhilfen/ Rollator).

Der Bürgerwindpark Eider stellt der Gemeinde Hennstedt einen Betrag von 10.000,00 € zur Förderung der Elektromobilität für nicht mobile Bürger*innen im LZO und den Umlandgemeinden zur Verfügung. Es gibt einen weiteren Kooperationspartner. Weitere Informationen sind dem vorliegenden Konzept zu entnehmen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Gemeinde Hennstedt empfiehlt der Gemeindevertretung zu beschließen, die EfA-Flotte um einen VW E-Golf zu erweitern. Der VW E-Golf soll zunächst für 36 Monate geleast werden. Das Konzept zur Neuanschaffung eines E-Fahrzeuges für die EfA-Flotte wird zur Kenntnis genommen.

Stimmenverhältnis:

einstimmig

TOP 8. Annahme einer Zuwendung

Zuwendungen über 1.000,00 € bedürfen eines Beschlusses durch die Gemeindevertretung.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung Hennstedt folgenden Beschluss:

Zuwendungsgeber	Empfänger	Höhe	Zweck
Bürgerwindpark Eider GmbH Co. KG	Gemeinde Hennstedt	10.000,- €	Förderung der Elektromobilität für nicht mobile Bürger*innen im LZO und den Umlandgemeinden

Stimmenverhältnis:

einstimmig

TOP 9. Eingaben und Anfragen

Der Vorsitzende berichtet darüber, dass sich die Schulleitung der GS Hennstedt nach einem Zuschuss zu Theaterfahrten etc. erkundigt hat. Es wird ausführlich über die Situation diskutiert. Die Anwesenden sind sich einig, dass vorerst auch die Möglichkeit zur Einlösung von Bildungsgutscheinen durch die Schule / Schulsozialarbeit geprüft werden sollte.

(Beeck)
Vorsitzender

(Steffen)
Protokollführerin

Verteiler:

Ausschussmitglieder, GB-Leitung, GSB, AV, Akte, Auszüge verteilt, Freigabe Ratsinfo, Protokollbuch.
(sp)